

Kinderschutz in Deutschland: Zahl der gefährdeten Kinder wächst weiter

geschrieben von Redakteur | November 29, 2025



**Eine neue Albert-Schweitzer-
Kinderdörfer und
Familienwerke-Studie
offenbart alarmierende
Wahrnehmungen und konkrete
Zahlen – Zeit für mehr
gesellschaftliches Engagement
– wachsende Sorge um
Kinderschutz in Deutschland**

Kinderschutz in Deutschland ist für viele Menschen zu einem zentralen Sorgen-Thema geworden. Laut einer aktuellen, repräsentativen GfK-Umfrage im Auftrag der Albert-Schweitzer-

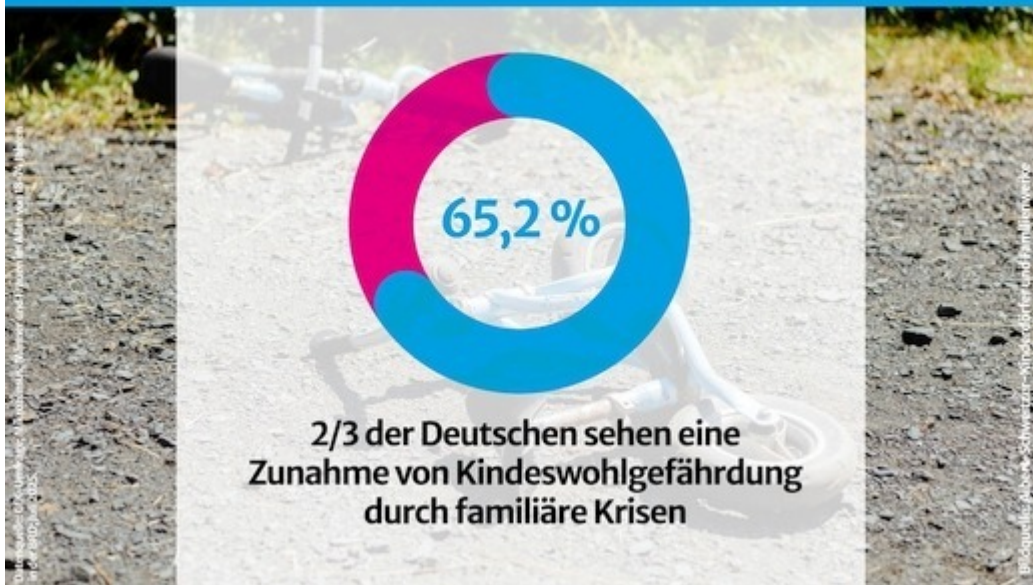
Kinderdörfer und Familienwerke sind 65,2 Prozent der Befragten überzeugt, dass die Zahl der Kinder, die in familiären Krisen leben und deren Wohl gefährdet ist, in den letzten fünf Jahren deutlich gestiegen ist. Diese Wahrnehmung verweist auf ein gesellschaftliches Klima, in dem Überforderung, psychische Belastungen, Armut, Gewalt und Vernachlässigung als zunehmende Risiken für Kinder wahrgenommen werden.

Die Studie zeigt außerdem sehr deutlich: Kinderschutz wird nicht mehr als Randthema betrachtet, sondern als dringende gemeinsame Aufgabe von Politik, Fachpraxis und Zivilgesellschaft. Gleichzeitig wächst das Unbehagen, ob die bestehenden Schutzsysteme tatsächlich stark genug sind, um allen gefährdeten Kindern verlässlich zur Seite zu stehen.

Kinderschutz in Zahlen: Inobhutnahmen 2024

Die subjektive Besorgnis wird durch offizielle Zahlen untermauert. Nach aktuellen Daten des Statistischen Bundesamts wurden im Jahr 2024 in Deutschland insgesamt 69.477 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern in Obhut genommen. Inobhutnahmen sind immer eine einschneidende Schutzmaßnahme und erfolgen in akuten Krisen, wenn das familiäre Umfeld nicht mehr in der Lage ist, Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Wachsende Sorge um Kinderschutz in Deutschland



Hinter diesen Zahlen stehen sehr unterschiedliche Problemlagen. Häufige Gründe sind die Überforderung von Eltern oder einem Elternteil, Vernachlässigung, Anzeichen für körperliche oder psychische Misshandlung oder Hinweise auf sexuelle Gewalt. Daneben spielt auch die unbegleitete Einreise von Minderjährigen eine große Rolle. Ein Teil der Kinder kehrt nach der Klärung der Situation in die Herkunftsfamilie zurück, doch ein erheblicher Anteil braucht langfristig andere Lebens- und Betreuungsformen, etwa in Kinderdorffamilien, Wohngruppen oder Pflegefamilien.

Auch wenn die Zahl der Inobhutnahmen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um rund sieben Prozent zurückgegangen ist, bleiben die absoluten Zahlen hoch. Sie machen deutlich, dass der Kinderschutz in Deutschland täglich mit komplexen Lebenssituationen konfrontiert ist – und dass es nicht reicht, sich auf vermeintlich sinkende Fallzahlen zu verlassen.

Wer schützt die Kinder? Vertrauen

in Staat und freie Träger

Ein zentrales Ergebnis der GfK-Studie betrifft die Frage, wem die Bevölkerung im Bereich Kinderschutz am meisten vertraut. Nur 46,1 Prozent der Befragten geben an, dass sie dem Staat – etwa in Form von Jugendämtern und öffentlichen Trägern – beim Kinderschutz und bei der Familienhilfe vertrauen. Deutlich höher fällt das Vertrauen in gemeinnützige Organisationen und Wohlfahrtsverbände aus: 72,9 Prozent der Befragten sehen freie Träger als verlässliche Partner, wenn es darum geht, Kinder in Not zu schützen und Familien zu unterstützen. Kirchliche oder religiöse Träger liegen mit 39,1 Prozent im Mittelfeld.

Gefragt nach der aus ihrer Sicht besten Unterbringungsform für Kinder, die aufgrund von Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt nicht in ihren Herkunftsfamilien bleiben können, entscheiden sich 38,1 Prozent der Befragten für familienanaloge Kinderdorffamilien mit festen Hauseltern. Diese Form der Betreuung wird häufiger als besonders kindgerecht bewertet als stationäre Wohngruppen oder Pflegefamilien. Die Bevölkerung verbindet mit Kinderdorffamilien Stabilität, persönliche Bindung und ein möglichst „normales“ Familienleben – Faktoren, die gerade für Kinder mit belastenden Erfahrungen enorm wichtig sind.

Überblick über die GfK-Studie

Die vorliegenden Ergebnisse gehen auf eine repräsentative Online-Befragung der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) zurück, die im Auftrag der Albert-Schweitzer-Kinderdörfer und Familienwerke im Sommer 2025 durchgeführt wurde. Befragt wurden Männer und Frauen im Alter von 18 bis 74 Jahren in Deutschland; die Stichprobe umfasst etwa 1.000 Personen und bildet die deutschsprachige Bevölkerung dieser Altersgruppe ab.

Wesentliche Resultate sind: Ein deutlicher Teil der

Bevölkerung sieht einen Anstieg familiärer Krisen mit möglicher Kindeswohlgefährdung. Das Vertrauen in gemeinnützige Träger ist ausgesprochen hoch, während das Vertrauen in staatliche Strukturen als vergleichsweise gering eingeschätzt wird. Kinderdorffamilien werden als besonders geeignete Unterbringungsform wahrgenommen, wenn Kinder nicht in ihren Herkunftsfamilien bleiben können.

Die Ergebnisse werden in der öffentlichen Kommunikation eng mit aktuellen amtlichen Daten zu Inobhutnahmen verknüpft, um die subjektive Wahrnehmung der Bevölkerung mit objektiven Zahlen zu unterfüttern.

Was die Studie leistet – und wo ihre Grenzen liegen

Die GfK-Studie hat mehrere Stärken. Sie bietet einen aktuellen Blick auf die Stimmungslage in der Bevölkerung, macht sichtbar, wie präsent das Thema Kinderschutz in Deutschland ist, und zeigt, welchen Stellenwert Vertrauen in verschiedene Akteure hat. Durch die Verknüpfung mit amtlichen Statistiken entsteht ein differenzierteres Bild aus subjektiver Wahrnehmung und objektiven Zahlen.

Gleichzeitig hat die Studie klare Grenzen. Sie misst Wahrnehmungen, nicht direkt die tatsächliche Häufigkeit von Kindeswohlgefährdungen. Dass 65 Prozent der Befragten einen Anstieg familiärer Krisen erleben, spiegelt vor allem gesellschaftliche Stimmung, mediale Debatten und persönliche Eindrücke wider. Ob und in welchem Umfang die tatsächlichen Gefährdungslagen zunehmen, lässt sich aus der Umfrage allein nicht belegen.

Hinzu kommt: Die Stichprobe von rund 1.000 Personen ist zwar für Meinungsumfragen üblich, aber für die komplexe Realität von Kindeswohlgefährdungen nur begrenzt aussagekräftig. Regionale Unterschiede, unterschiedliche soziale Milieus oder

besondere Problemlagen lassen sich damit nur eingeschränkt abbilden.

Auch der Rückgriff auf Inobhutnahmedaten bleibt ohne tieferen Kontext. Die Zahl von 69.477 Inobhutnahmen im Jahr 2024 erklärt nicht, wie viele Kinder anschließend dauerhaft in Pflegefamilien, Kinderdörfern oder stationären Einrichtungen leben, wie viele zurückkehren konnten oder wie die Qualität der Betreuung konkret aussieht. Zur Reintegration, zur Stabilität der Hilfen und zur langfristigen Wirkung macht die Studie keine Aussagen.

Hinzu kommt ein möglicher Darstellungsdruck: Die Studie wurde von einer Organisation in Auftrag gegeben, die selbst als Träger im Kinderschutz und der Kinder- und Jugendhilfe aktiv ist. Es liegt nahe, dass die Ergebnisse und ihre Präsentation diejenigen Betreuungsformen besonders hervorheben, in denen eben diese Organisation stark engagiert ist – beispielsweise Kinderdorffamilien. Das ist legitim, erfordert aber bei der Interpretation eine kritische Distanz, um andere Formen wie Pflegefamilien oder ambulante Hilfen nicht aus dem Blick zu verlieren.

Schließlich bleibt der zentrale Begriff „familiäre Krisen“ recht unscharf. Er umfasst ein breites Spektrum von vorübergehender Überforderung bis zu schwerer Vernachlässigung oder Gewalt. Die Studie differenziert diese Dimensionen nicht nach Schweregrad, Dauer oder Art der Gefährdung. Damit bleibt offen, ob Menschen in erster Linie kleine Alltagssorgen, extreme Misshandlungssituationen oder alles dazwischen im Kopf haben, wenn sie von „mehr Krisen“ sprechen.

Was die Ergebnisse für den Kinderschutz bedeuten

Trotz ihrer Grenzen hat die Studie für die Praxis des Kinderschutzes eine wichtige Signalwirkung. Sie zeigt, dass

Kinderschutz in Deutschland als dringliches Thema wahrgenommen wird, dass viele Menschen besorgt sind und dass sie von Politik, Jugendhilfe und freien Trägern entschlossenes Handeln erwarten.

Gleichzeitig macht sie offenkundig, dass das Vertrauen in staatliche Strukturen begrenzt ist und dass freie, gemeinnützige Träger als besonders glaubwürdige Partner gelten. Für Politik und Fachpraxis lässt sich daraus eine klare Botschaft ableiten: Kinderschutz braucht stabile, gut ausgestattete und transparente Kooperationsstrukturen zwischen öffentlichen und freien Trägern – und er braucht eine starke Stimme in der Öffentlichkeit.

Familien früh und präventiv unterstützen

Ein zentrales Ergebnis aus amtlichen Zahlen und praktischer Erfahrung ist, dass viele Kindeswohlgefährdungen im Kontext von Überforderung, psychischen Belastungen, Armut oder Konflikten entstehen, die sich über längere Zeit aufbauen. Hier setzt die Forderung nach präventiven Angeboten an:

Familien brauchen frühzeitige, gut erreichbare Unterstützung, bevor Krisen eskalieren. Dazu gehören niedrigschwellige Elternberatungen, Familienzentren, Familienhebammen, bindungsorientierte Angebote in der frühen Kindheit und verlässliche Hilfen schon vor dem Kita-Eintritt. Je früher solche Unterstützungsangebote greifen, desto häufiger können Inobhutnahmen vermieden oder zumindest die Dauer von Trennungen verkürzt werden.

Gemeinnützige Träger und

Kinderdorffamilien als stabile Anker

Da die Bevölkerung gemeinnützigen Trägern ein hohes Maß an Vertrauen entgegenbringt, ist ihre Rolle im Kinderschutz besonders bedeutsam. Damit sie dieser Verantwortung gerecht werden können, brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen: langfristige Finanzierung statt kurzfristiger Projektlogik, weniger Bürokratie, um mehr Zeit direkt mit den Kindern verbringen zu können, und gute Arbeitsbedingungen für Fachkräfte, die täglich mit hoch belasteten Lebensgeschichten umgehen.

Kinderdorffamilien stehen in der Wahrnehmung vieler Menschen für Stabilität, Bindung und ein familienähnliches Umfeld. Wenn Kinder nicht in ihren Herkunftsfamilien bleiben können, sind solche familienanalogen Lebensformen oft ein wichtiger Gegenpol zu den Erfahrungen von Unsicherheit, Gewalt oder Vernachlässigung. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Strukturen qualitativ hochwertig und gut abgesichert sind: mit qualifizierten Hauseltern, klaren Entlastungs- und Vertretungsmodellen, angemessener Vergütung und verlässlicher traumapädagogischer sowie psychologischer Begleitung. Wachstum um jeden Preis wäre hier fatal; entscheidend ist ein Ausbau, der sich an den realen Möglichkeiten der Fachkräfte und an der Qualität orientiert.

Mehr Forschung, mehr Monitoring, mehr Transparenz

Weil die GfK-Studie Wahrnehmungen abbildet und mit aggregierten Zahlen zu Inobhutnahmen arbeitet, bleibt sie in vielen Punkten an der Oberfläche. Für einen wirksamen Kinderschutz in Deutschland braucht es jedoch ein deutlich dichteres Netz an Forschung und Monitoring.

Nötig sind bundesweit einheitliche und vergleichbare Daten zum Kinderschutz, regelmäßige Dunkelfeldstudien, die auch nicht gemeldete Fälle sichtbar machen, sowie Längsschnittstudien, die untersuchen, welche Hilfen Kindern und Familien langfristig wirklich helfen. Nur auf Basis solcher evidenzbasierten Erkenntnisse lassen sich Angebote ausbauen, verbessern oder neu ausrichten. Forschung muss daher fester Bestandteil einer modernen Kinderschutzstrategie sein – nicht ein optionales Zusatzthema.

Öffentliche Aufmerksamkeit für Kinderrechte stärken

Kinderschutz beginnt nicht beim Jugendamt, sondern in Familien, Schulen, Kitas, Vereinen und Nachbarschaften. Eine starke Kultur der Kinderrechte bedeutet, dass Erwachsene aufmerksam sind, hinsehen, zuhören und handeln, wenn sie den Eindruck haben, dass ein Kind Schutz braucht. Dazu gehört, Kinderrechte im Bildungssystem zu verankern, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte zu qualifizieren, aber auch die breite Öffentlichkeit zu sensibilisieren – etwa über Kampagnen, Aktionstage wie den Weltkindertag am 20. September und eine nachhaltige Berichterstattung in den Medien.

Je sichtbarer Kinderrechte und Kinderschutz im Alltag werden, desto größer ist die Chance, dass Gefährdungen früh erkannt und Kinder tatsächlich geschützt werden. Die GfK-Studie zeigt: Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit ist da, die Sorgen sind real – nun kommt es darauf an, aus dieser Sensibilität konsequentes Handeln zu machen.

Weiterführender Link zur Studie

Die ausführliche Presseinformation mit den zentralen Ergebnissen der GfK-Umfrage und den aktuellen Inobhutnahmezahlen ist auf der Website des Albert-Schweitzer-

Verbands abrufbar:

https://albert-schweitzer-verband.de/wp-content/uploads/2025/07/Presseinformation-Kindeswohlgefaehrdung_GfK-Umfrage.pdf

Gernot Körner